

An das Amt

für Umweltprüfungen

an die Mitglieder der Südtiroler Landesregierung

Sehr geehrte Damen und Herren vom Amt für Umweltprüfung, sehr geehrter Herr  
Landeshauptmann, sehr geehrte Landesrätinnen und Landesräte,

in meiner Funktion als SVP Gemeinderätin wende ich mich heute an Sie. In diesem Schreiben möchte ich kurz einige Hinweise zum Projekt: **Eröffnung einer Schottergrube auf der G.p.598/75 und G.p.598/75 K.G. Gais (Einreichprojekt mit Umweltverträglichkeitsstudie)** geben.

Als erstes muss ich vorrausschicken, dass ich selbst in meiner Funktion als Gemeinderätin der Gemeinde Gais auch erst aus der Tageszeitung vom 11. Juni 2019 vom geplanten Projekt erfahren habe. Ich empfinde allein schon diese Vorgangsweise als völlig inakzeptabel. Sowohl die Fraktionsverwaltung, als auch der Gemeindevorstand hat dieses Projekt vor uns Gemeinderäten, sowie auch gegenüber ihren Bürgern, verschwiegen. Das hat mit einer transparenten und ehrlichen Vorgangsweise nichts zu tun.

Ich weiß, die Umweltverträglichkeitsprüfung steht nun kurz bevor und wird mit größter Wahrscheinlichkeit wohl auch positiv ausfallen, da die Wirtschaft ja unser tägliches Brot ist und diese zu fördern gilt. Grundsätzlich stelle ich mich nicht gegen die Wirtschaft – im Gegenteil. Jedoch sollte sie im Einklang mit uns, der Bevölkerung stehen. In diesem konkreten Fall ist das nicht möglich, da dieses Schotterabbaugelände in unmittelbarer Nähe zum Siedlungsgebiet und inmitten unserer Naherholungszone entstehen soll. Die Wanderwege rund um das Gebiet der Schottergrube werden von vielen jungen und alten Menschen des Dorfes und von Touristen genutzt, weshalb man ja auch kürzlich über LEADER einen Antrag zur Finanzierung zur Verbesserung dieses Weges entlang der Schottergrube, angesucht hat. Der Weg entlang der geplanten Schottergrube eignet sich nicht nur zum Wandern, sondern auch zum Fahrradfahren, zum Spaziergehen mit Kinderwagen oder auch zum Wandern mit Gehstock für die ältere Generation, auch wird dieses Gebiet von den Kindern des Kindergartens für Waldtage genutzt, die Jugendlichen des Dorfes treffen sich dort um zusammenzusitzen und natürlich auch zum Feiern.

**Nun soll dies alles Vergangenheit sein – und unsere Naherholungszone der Bau Lobby zum Opfer fallen?!?!**

Gut, man kann jetzt sagen das ist etwas polemisiert - wie uns von Seiten der Verwalter des Dorfes in letzter Zeit oft an den Kopf geworfen worden ist - oder noch besser, wir hätten einen Keil ins Dorf getrieben. Die einzige Spaltung, die ich jedoch bisweilen erkennen konnte, ist jene der Bevölkerung von Gais gegenüber ihrer Verwalter. Die Menschen fühlen sich von ihren gewählten Vertretern betrogen und nicht ernst genommen. Auf Druck der Bevölkerung wurde eine Infoveranstaltung seitens BWR und Fraktionsverwaltung inszeniert, wo sogar ein falscher Plan aufgezeigt wurde! Auch wurde den Menschen vorgerechnet, dass durch dieses Projekt weniger Lastwagen durch das Dorf fahren würden, da das Abbaugelände so nahe an der Schotterverarbeitungsanlage liege, dass die Löcher jedoch auch wieder aufgefüllt werden müssen, wurde nicht berechnet und somit verschwiegen.

Zahlreiche Menschen des Dorfes unabhängig vom Alter fühlen sich hinter Licht geführt – dies bezeugen auch die zahlreichen Unterschriften, welche wir in kürzester Zeit gesammelt haben. Die Infoveranstaltung wurde kurzfristig angesagt, damit sich die Gegner dieses Projektes nicht organisieren könnten. Dies ist – Gott sei Dank – nicht gelungen.

### **Werden mit diesem Projekt die öffentlichen Interessen über die privaten Interessen gestellt?**

Ich sage ganz klar NEIN! Einziger Gewinner an diesem Projekt ist die BWR! Der Aushub der besagten Zone wird der BWR insgesamt eine Einnahme von etwa 11 Millionen Euro bescheren (Schätzung eines Experten) zudem kommt noch die Ablagerung von Bauschutt hinzu, mit welchem die Löcher wieder aufgefüllt werden, wiederum einziger Gewinner: die BWR. Die Fraktion erhält einen Betrag von etwa 1,8 Millionen Euro und die Gemeinde Umweltausgleichsmaßnahmen im Wert von ca. 300.000 Euro. Rechnet man sich dies pro Jahr, bei einer derzeit geplanten Abbauzeit von 18 Jahren aus, so sind die Beiträge, die sowohl die Fraktion als auch die Gemeinde erhalten lächerlich. Die Fraktion, oder anders ausgedrückt die Eigenverwaltung bürgerlicher Nutzungsgüter, sollte dazu da sein, die Interessen der Bürger im Dorf zu vertreten. Die Fraktion sind wir alle, genauso wie Gemeinde. Also meine Frage: Welches Selbstverständnis hat die Fraktion Gais bzw. welche Aufgaben gegenüber ihren Bürgern sieht sie als wichtig an? Bedenkt man, dass die Fraktion dafür da ist, unser aller Güter zu verwalten! Sieht sich die Fraktionsverwaltung nicht als Teil der Bevölkerung und will in deren Interesse handeln? Wie kommt man darauf ein Projekt im Ausmaß von so vielen Jahren zu genehmigen? Denken wir nicht mehr an unsere zukünftigen Generationen? Die Verwaltung sollte zum Wohle ihrer Bürger und Kinder entscheiden!!

### **Wir reden hier von einer Abbauzeit von 18 Jahren, wer weiß denn heute schon was in 18 Jahren passiert?**

Das Projekt dauert voraussichtlich 18 Jahre und wird später erfahrungsgemäß, womöglich noch verlängert. Das ist keine Entscheidung nur für uns, sondern auch eine Entscheidung für die Zukunft – für die nächste Generation! Von Seiten des Landes hören wir ständig Parolen wie: langfristig nachhaltig lebenswertes Südtirol, „wir müssen Entscheidungen für ein enkelgerechtes Südtirol treffen“, hat auch Landeshauptmann Arno Kompatscher in einer Aussendung gesagt. Wir tragen die Verantwortung für Mensch und Natur, eine gerechte Gesellschaft entwickeln. Was ist an diesem Projekt gerecht?

Zahlreiche Kinder und Jugendliche haben sich an mich und auch an die Gemeindeverwaltung und Fraktion gewandt um zu sagen: „NEIN, das wollen wir nicht!“ Kinder haben sogar Bilder gemalt, um ihre Gefühle zum Ausdruck zu bringen. Kann man dies alles einfach so stehen lassen und ignorieren?

Schauen wir uns nur mal die Schottergrube an, die wir bereits seit geraumer Zeit zwischen Gais und Uttenheim vorfinden. Eine Baufirma wird insolvent und plötzlich bleiben die Löcher über Jahrzehnte offen? Wer weiß, ob es die BWR in 18 Jahren überhaupt noch gibt? Wir verpflichten mit diesem Vertrag nicht nur uns selber, sondern auch noch unsere Nachkommenschaft.

### **Feinstaub- und Staubbelastung – haben wir denn noch nicht genug?**

Mich persönlich würde zudem interessieren, ob es für das Gaiser Gemeindegebiet bereits Feinstaubmessungen gibt? Wir besitzen bereits eine Schotterverarbeitungsanlage in der Industriezone, ein Schotterabbaugelände zwischen Gais und Uttenheim, einen Schotterablagerplatz Nähe „Baggerlacke“, eine Betonspritzanlage in der Firma Neolith neben der „Baggerlacke“, starken

Durchzugsverkehr ins Tauferer Ahrntal und Richtung Bruneck, zudem besteht das süd-östliche Gemeindegebiet zwischen Gais und St. Georgen hauptsächlich aus Ackerland, und bietet folglich auch keinen Schutz vor Staub.

Nun komme ich noch zu den viel wesentlicheren Punkten wie Gesundheit, Lärmbelästigung, Wertverlust unserer Immobilien in der Nähe der Schottergrube u.v.m. Ich glaube diesbezüglich haben Sie alle schon mehr als genug E-Mails und Schreiben erhalten – deshalb erspare ich ihnen diese zusätzlichen Ausführungen.

Bis vor kurzem hat es von der Gemeindeverwaltung geheißen, man könne bei der Landesregierung und überhaupt beim Projekt nicht intervenieren, da es Fraktionssache sei und nicht Gemeindesache. Mittlerweile - eigentlich im letzten Moment - gab es auf Druck der Bevölkerung dann doch Änderungen am Projekt. So soll nun ein bepflanzter Wall Richtung Dorf und Richtung Naherholungszone entstehen. Meiner Meinung nach ist auch das nicht genug, denn bis die Bepflanzung dieses Walls einigermaßen hoch genug gewachsen ist, vergehen Jahre wenn nicht Jahrzehnte. Auch bietet dieser nicht genügend Schutz vor Staub und Lärm. Wer in Gais wohnt und lebt weiß, dass beinahe täglich der Nordwind vom Tauferer Ahrntal durchs Dorf bläst. Laut Ausschreibung wird an Tagen mit Nordwind aber nicht gearbeitet - ich frage mich wer die Parameter festlegt und ob die Arbeiten dann auch wirklich unterbrochen werden. Sollte dies so sein, wird wohl in 30 Jahren auch noch gegraben werden...

In der Gemeinderatssitzung wurde nun durch einen Beschlussantrag der Freiheitlichen - welcher nicht direkt auf dieses Projekt bezogen ausgestellt war, sondern allgemein gilt - ein Mindestabstand zur Wohnzone von 300 m beantragt. Dieser Beschlussantrag wurde mit nur einer Gegenstimme genehmigt. Auf meine Forderung hin bei der Landesregierung im Sinne der Bürger zu intervenieren dieses Projekt überhaupt nicht in diesem Ausmaß und an diesem Standort zu genehmigen, ist man leider nicht eingegangen. Der Standort ist für uns überhaupt nicht tragbar. Es würde weit bessere Standorte im Gebiet nach der Industriezone taleinwärts geben, mit welchen die Bürger einverstanden wären. Unsere Petition heißt nämlich „**Rettet die Weide!**“ und nicht „Wir retten die HALBE Weide!“

**Wenn man meinen Gedankengängen folgt und sich diese genau durchliest ist klar zu erkennen, dass dieses Projekt nur einigen Wenigen zu Nutzen kommt. Die Nutznießer sind leider nicht die Bürger. Wäre der Grundeigentümer nicht die Fraktion Gais selber, sondern eine Privatperson würde ich die Entscheidung noch einigermaßen verstehen. Unter diesen Umständen allerdings nicht. Wenn ich an diesem Projekt etwas falsch verstanden habe und Sie meinen Annahmen nicht folgen können, bin ich auch gerne zu einem Gespräch bereit.**

Ich appelliere an die UVP bei dieser Entscheidung Vernunft walten zu lassen, da ein solches Projekt für die Bevölkerung der Gemeinde nicht tragbar bzw. ertragbar wäre und ersuche Sie dieses negativ zu beurteilen.

Falls das Ergebnis der UVP doch positiv ausfallen sollte, ersuche ich die Landesregierung dieses Projekt nicht zu genehmigen. Der Wille der Bevölkerung darf und soll nicht übergangen werden. Mir ist bewusst, dass es keine Bürgerbefragung vor den Gemeinderatswahlen mehr geben darf - schade eigentlich - sonst hätte man eindeutige Ergebnisse vorliegen. Insgesamt gesehen, hat man bisweilen alle Termine, die dieses Vorhaben betreffen, geschickt gewählt, damit die Bevölkerung wenig bis kaum Möglichkeiten hatte, zu intervenieren.

Ich hoffe, dass im Sinne eines guten Zusammenlebens zwischen Wirtschaft und Dorfbevölkerung dieses Projekt in dieser Form nicht genehmigt wird und ein anderer Standort abseits vom Wohngebiet und der Naherholungszone für den Schotterabbau gefunden wird.

Mit freundlichen Grüßen

Stephanie Auer